DER SPIEGEL vom 10.12.2022

Autor: Matthias Bartsch **Seite:** 32 bis 33

Infrastruktur

Grün-grünes Dilemma

Die Energiewende führt zu neuen Konflikten: Robert Habeck und zwei Parteifreunde können sich nicht einigen, wie Windstrom aus dem Norden in den Süden gelangen soll. Es geht um eine Hochspannungsleitung, vor der Tausende Bürger Angst haben.

Wenn er aus dem Dachfenster blickt, überkommt Manuel Wilhelm ein mulmiges Gefühl, irgendetwas zwischen Furcht und Wut. »Die hängen gerade mal ein paar Meter über uns«, sagt der 34-jährige Heizungsbauer und zeigt nach oben auf mehrere Freileitungen – 380000 Volt, Wechselstrom. Dann schaut Wilhelm auf das kleine Bett seiner zweijährigen Tochter im Kinderzimmer unterm Dach. »Da macht man sich schon seine Gedanken«, sagt er.

Familie Wilhelm lebt seit fünf Jahren in Hofheim-Langenhain, eine gute halbe Autostunde entfernt von Frankfurt am Main. Die alte Höchstspannungsleitung führt dort schon seit Jahrzehnten direkt über Wohnhäuser und sorgt für Verdruss. Unangenehm ist es vor allem an feuchten und nebligen Tagen, wenn die Leitung knistert und brummt. Manchmal, bei bestimmten Wetterlagen, würden sich die Geräusche über ihren Köpfen zu einem lauten Klacken steigern, sagt Wilhelm: »Wenn das nachts passiert, kann es einen schon um den Schlaf bringen.«

In Zukunft könnte die Nachtruhe noch häufiger leiden. Die Stromleitung über dem Wohngebiet soll um eine weitere ergänzt werden – noch einmal 380000 Volt, diesmal Gleichstrom. Ultranet heißt das Projekt, das den Stromtransport in Deutschland bis 2027 revolutionieren soll. Es geht um 340 Kilometer vom Niederrhein bis Baden-Württemberg: Erstmals sollen zwei komplette Höchstspannungsleitungen mit verschiedenen Stromspannungsarten auf einer vorhandenen Trasse geführt werden. Eine »innovative Technologie«, findet die Netzbetreiberfirma Amprion. Die Anwohnerinnen und Anwohner sehen es eher als ein Experiment. »Und wir sind die Versuchskaninchen«, sagt Wilhelm. Die Menschen unter der Ultranet-Trasse fühlen sich als Opfer zweier Minister der Grünen, die sich nicht einigen können. Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft und Energie in Hessen, hat den Bewohnern der Städte und Ortschaften über Jahre versprochen: Ultranet biete die Chance, den Verlauf der bestehenden Trasse an kritischen Punkten so zu verändern, dass sie nicht mehr direkt durch Ortschaften führe. Doch Al-Wazirs Kollege Robert Habeck in Berlin hat entschieden: Die neue Doppelleitung soll genau dort verlaufen, wo die alte bereits ist.

Die beiden für die Energieversorgung verantwortlichen Minister stehen unter Druck. Neue Stromtrassen werden für die Energiewende dringend gebraucht, besonders nach dem Ende russischer Gaslieferungen. Die zusätzlichen Leitungen sollen vor allem Windstrom aus dem Norden in den weniger windigen Süden bringen, wo die letzten Atomkraftwerke wohl im Frühjahr endgültig abgeschaltet werden. Geplant sind Gleichstromverbindungen, weil sie geringere Energieverluste verursachen als die Wechselstrom-Technik.

Doch an vielen Orten, an denen neue Masten aufgestellt werden sollen, protestieren Anlieger und kündigen Klagen an. Viele fürchten Gesundheitsprobleme durch elektrische und magnetische Felder. Die Behörden versuchen zu beruhigen. Überall dort, wo Menschen wohnen, müssten die Grenzwerte eingehalten werden, so das Bundesamt für Strahlenschutz. Gesundheitliche Folgen seien dann nicht zu befürchten.

Bis 2013 war es erlaubt, Hochspannungsdrähte direkt über Wohngebäude zu ziehen. Inzwischen ist der Gesetzgeber vorsichtiger geworden. Für die Gleichstromtrassen hat der Bund einen deutlichen Abstand verordnet: Wenn die neuen Stromautobahnen näher als 400 Meter an Ortschaften oder 200 Meter an Einzelhäuser herankommen, müssen grundsätzlich Kabel unter der Erde verlegt werden. Das Ultranet-Projekt ist von der teuren Erdkabelpflicht jedoch ausgenommen.

Rechtlich gesehen handle es sich nicht um einen Neubau, sondern um die Erweiterung einer zugelassenen Trasse, auf der schon viele Strommasten stehen, argumentiert die Bundesregierung. Einige der alten Masten sollen erhöht, andere verstärkt oder durch größere Modelle ersetzt werden. Teilweise müssten lediglich zusätzliche Leitungen auf bestehende Anlagen gezogen werden.

Den Anwohnern drohen dadurch höhere Belastungen. Das rheinland-pfälzische Umweltministerium hatte bei Wissenschaftlern aus Zürich eine Analyse in Auftrag gegeben, sie kamen zu dem Schluss: Die Ultranet-Nachbarn müssen vor allem mit mehr Lärm rechnen. Während Wechselstromleitungen eher bei schlechtem Wetter Geräusche von sich geben, sei es bei Gleichstrom genau umgekehrt. Eine Hybridtrasse, die Gleich- und Wechselstrom transportiert, könne also deutlich häufiger Krach machen. Wie sich das auf das Herz-Kreislauf-System, den Stoffwechsel und die Psyche der Anwohner auswirke, müsse noch untersucht werden, heißt es in der Analyse.

Allein im hessischen Niedernhausen beträfen die Ultranet-Pläne nach Schätzung der Kommunalverwaltung etwa 5000 der 15000 Einwohner. Die Gemeinde bei Wiesbaden wird schon heute von mehreren Hochspannungstrassen durchzogen. Bürgermeister Joachim Reimann schaut von seinem Bürofenster auf ein Gewirr von Masten und Leitungen über Hausdächern.

2015 habe er erfahren, dass in einigen Jahren auch noch eine Gleichstromleitung durch Niedernhausen geführt werden soll, sagt Reimann. Er habe großes Verständnis dafür, dass neue Stromverbindungen gebraucht würden. Aber das dürfe nicht – im Wortsinn – über die Köpfe der Bevölkerung hinweg exekutiert werden.

Die Politiker aus Wiesbaden und Berlin hätten ihm und anderen Vertretern der

© PMG Presse-Monitor GmbH

Ortschaften immer wieder den Eindruck vermittelt, dass Ultranet der Stadt eine große Chance biete, sagt Reimann. Es sei im Interesse aller, die Leitung ohne endlose gerichtliche Auseinandersetzung zu realisieren, sei versichert worden. An kritischen Punkten könne man die bestehende Trasse einfach »verschwenken«, damit die Stromkabel in sicherem Abstand an Häusern und Wohngebieten vorbeiführen.

Vor allem der hessische Minister Al-Wazir propagierte die Idee. Sein Ministerium versprach, »Druck« auf die Bundesnetzagentur auszuüben, damit »Handlungsspielräume« bei der Trassenplanung genutzt würden. Auch der damalige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), der Niedernhausen im Februar 2019 besuchte, habe nach einem Blick auf die vielen Leitungen im Ort Unterstützung signalisiert – zumindest haben ihn Reimann und andere Anwesende damals so verstanden.

In Niedernhausen und anderen Orten tüftelten Gemeindevertreter mit Anwohnern, Bürgerinitiativen und Experten an Alternativrouten, für die nur wenige Masten versetzt werden müssten. »Wir wollten konstruktiv Lösungen präsentieren, die sich ohne Zeitverlust realisieren lassen«, sagt Reimann. Die Kommunen rechneten damit, dass zumindest ein Teil ihrer Vorschläge berücksichtigt würde.

Politisch ist das Bundeswirtschaftsministerium in Berlin verantwortlich, für die Planung ist die Bundesnetzagentur in Bonn zuständig; beide werden seit der Bundestagswahl von Grünenmitgliedern geführt. Al-Wazir konnte Korrekturen also mit zwei Parteifreunden besprechen.

Doch Habeck und der neue Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, bremsten den hessischen Minister aus. In Berlin und Bonn waren Bedenken aufgekommen, dass eine hessische Regelung das Projekt verzögern könnte. Die schwarz-grüne Landesregierung in Wiesbaden hatte 2018 eine Änderung des Landesentwicklungsplans beschlossen. Nun heißt es dort, Hochspannungsleitungen müssten so geplant werden, dass sie mindestens 400 Meter von Wohngebieten entfernt sind. Bei solchen Abständen, fürchteten Juristen im Bundesministerium, könnten in dicht besiedelten Regionen riesige Umwege und zeitraubende Planungsverfahren für Ultranet nötig werden.

Von der hessischen 400-Meter-Regel seien auch Ausnahmen möglich, versicherte Al-Wazir. Ende Februar beklagte er gegenüber Habeck, er sei »überrascht«, dass der Landesentwicklungsplan ein Problem darstellen solle. Dies sei zuvor nie ein Thema gewesen. Habeck zeigte sich wenig beeindruckt. Unmittelbar nach dem Gespräch entschied er, das Ultranet-Projekt durchzuziehen. So steht es in einem Vermerk des Habeck-Ministeriums über das Telefonat mit Al-Wazir.

Der hessische Grüne reagierte empört. Im Juni schrieb er einen Brief an den »lieben Klaus« von der Bundesnetzagentur: Dessen Behörde lege das Recht »willkürlich« aus, die Schlussfolgerungen seien »nicht tragfähig«, das Ergebnis sei »eine große Enttäuschung«. Die Netzagentur habe selbst immer wieder Verschwenkungen der Trasse ins Gespräch gebracht und damit »eine sehr große Erwartungshaltung geweckt«, klagte Al-Wazir. Mit der faktischen Absage aller Trassenkorrekturen nehme man sich jede Möglichkeit, die Konflikte mit den Anwohnern zu lösen.

In Hessen steht Al-Wazir nun als Verlierer da, der sich in den eigenen Landesvorschriften verheddert hat; Habeck und Müller wirken wie Durchpeitscher. Der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Marius Weiß spottet, es sei »absurd«, dass eine Abstandsregelung, die Menschen schützen solle, nun eine Entlastung der Anwohner verhindere. Karin Lübbers, Sprecherin einer Bürgerinitiative aus Hofheim, schrieb an Habecks Ministerium: Sie sei seit 40 Jahren Grünenwählerin, aber »fassungslos über das, was die Partei in Bezug auf Ultranet in den letzten Monaten angestellt hat«.

Lübbers ist zudem aufgefallen, dass die Ampelkoalition in Berlin mit Stimmen der Grünen auch das Energiewirtschaftsgesetz zum Nachteil der Anwohner geändert hat: Der Lärm von Höchstspannungsleitungen gilt nun, auch wenn er häufig auftritt, per Gesetz als ein »seltenes Ereignis«, das der Nachbarschaft grundsätzlich zugemutet werden dürfe. Die Lärmgrenzwerte seien aufgeweicht worden.

Auch Manuel Wilhelm aus Hofheim-Langenhain versteht die Welt nicht mehr. Nur um 50 bis 100 Meter hätte die Leitung in seinem Ort verschoben werden müssen, damit sie über eine Wiese am Ortsrand und nicht mehr über Hauser führe. Ihm und seinen Nachbarn hätte das gereicht. Dass Habecks Absage an alle Korrekturen das Projekt beschleunigen werde, glaube er nicht. Mit seiner Kooperationsbereitschaft sei es jedenfalls vorbei, sagt Wilhelm: »Jetzt werde ich klagen.«

© PMG Presse-Monitor GmbH